

**Amt der  
Stadtverordnetenversammlung**

Schlossplatz 6\*  
65183 Wiesbaden  
Sachbearbeiter: Ralf Morbe  
Telefon: 0611 31-3314

**Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 2. April 2025****1. Absetzung von der Tagesordnung**

- I/8 Schriftliche Anfrage 220/2024 Die Linke vom 28.11.2025 nach § 45 der GO der STVV betr. städtische Flächen entsiegeln und artenreich begrünen; auf Antrag Die Linke
- I/10 Personalchefin von ESWE Verkehr und etwaige strafbare Handlungen; auf Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak
- I/11 Kosten und politische Schäden der Causa Hinninger; auf Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak
- I/12 Verzögerung bei der Beantwortung von Anfragen nach §45; auf Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak
- I/15 Schriftliche Anfrage 228/2025 Die Linke vom 21.01.2025 nach § 45 der GO der STVV betr. digitales Willkommenspaket; auf Antrag Die Linke
- I/17 Nennung von Namen in Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung; auf Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak

**2. Umsetzung auf die TO I**

- IV/6 Erich-Kästner-Schule - Entscheidungsvorlage zum Umbau des Rheingaupalais und Neubau einer Sporthalle; auf Antrag der CDU-Fraktion

**3. Anträge, Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen**

- I/4 Neufassung des Antrags der CDU-Fraktion vom 02.04.2025
- I/5 Die Fraktion Die Linke zieht Ziffer 1 des Beschlussvorschlags zu TOP I/5 zurück.
- II/10 Antrag Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt; Abstimmung ohne Aussprache

Unsere Servicezeiten:  
montags bis donnerstags  
von 8.30 bis 16.30 Uhr und  
freitags von 8.30 bis 12.30 Uhr

Sammelnummer und Auskunft: 0611 31-0

Bankverbindungen der Stadt Wiesbaden:

Nassauische Sparkasse Wiesbaden  
Kto. Nr. 100 000 008 (BLZ 510 500 15)  
Postbank Frankfurt/M.  
Kto. Nr. 2680-608 (BLZ 500 100 60)

\*erreichbar von den ESWE-Haltestellen:  
Haltestelle „Dern'sches Gelände“;  
Linien 1, 2, 4, 5, 8, 14, 15, 16, 17, 18, 21,  
22, 23, 24, 27, 36, 45, 46, 48, 147, 806  
Parkmöglichkeit: Parkhaus „Markt“

#### **4. Protokollerklärungen und Abstimmungsverhalten**

Es liegen Protokollerklärungen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak vor (s. Anlagen).

##### *Allgemeine Hinweise*

*Jeder/jede Mandatsträger/in ist zu jedem Punkt verpflichtet zu prüfen, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Ist diese Möglichkeit gegeben, so ist dies anzuzeigen und der Sitzungssaal zu verlassen. Eine Teilnahme als Zuhörer/ZuhörerIn ist nicht zulässig. Zu den Bauleitplanungen kann im Amt der Stadtverordnetenversammlung Einsicht in die entsprechenden Pläne genommen werden.*

An den Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16

- im Hause -

Wiesbaden, 2. April 2025

### **Antrag der Fraktion CDU für die Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025**

#### Sicherheitslücken schließen – bessere Schutzmaßnahmen für Wiesbaden

Die Landeshauptstadt Wiesbaden muss gezielt in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger investieren – insbesondere bei Großveranstaltungen und in stark frequentierten Bereichen. Steigende Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit erfordern vorausschauende Planung und konsequente Maßnahmen. Während andere Städte längst gehandelt haben, lässt die Landeshauptstadt Wiesbaden wertvolle Zeit verstreichen. Ein umfassender Sicherheitsansatz berücksichtigt nicht nur die Präsenz von Ordnungskräften, sondern auch bauliche Maßnahmen, die Risiken minimieren. Dazu gehören unter anderem klar definierte Schutzbereiche, eine verbesserte Infrastruktur zur Zugangskontrolle und gezielte Präventionsangebote.

Der einstimmige Beschluss des Seniorenbeirats zur Ausweitung der Waffenverbotszone zeigt, dass hier fraktionsübergreifende Einigkeit herrscht und dringender Handlungsbedarf besteht. Die Ereignisse rund um den Fastnachtsumzug haben zudem verdeutlicht, dass Wiesbaden noch immer kein tragfähiges Sicherheitskonzept hat. Die kurzfristige Anschaffung von 30 zertifizierten, mobilen Pollern war eine Notlösung. Für zukünftige Veranstaltungen braucht es eine verbindliche, nachhaltige Lösung, sonst besteht die Gefahr, dass Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen abgesagt werden müssen, wie dies jüngst beim Rosenmontagszug oder dem Kirschblütenfest in Marburg geschehen ist.

Ziel muss es sein, Wiesbaden als lebenswerte und sichere Stadt weiterzuentwickeln und die Voraussetzungen für unbeschwerte Veranstaltungen und einen geschützten Raum zu schaffen.

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Wiesbaden zu ergreifen.

Konkret soll

- 1.) die Waffenverbotszone ausgeweitet werden.
  - a. In die Sicherheitskonzepte für Großveranstaltungen, wie das Weinfest und den Sternschnuppenmarkt, wird die Einrichtung von temporären Waffenverbotszonen aufgenommen.
  - b. Der einstimmige Beschluss des Seniorenbeirats vom 18. Dezember 2024 (25-R-32-0001) zur Ausweitung der bestehenden Waffenverbotszone auf die Reisingeranlage, den Warmen Damm und das historische Fünfeck wird umgesetzt.

- c. Mit dem Umbau der Wellritzstraße zur Fußgängerzone wird die Waffenverbotszone zudem auf die gesamte Wellritzstraße ausgeweitet.
- 2.) ein umfassendes Sicherheitskonzept für Zufahrtssperren bei Veranstaltungen spätestens bis zum Weinfest erarbeitet und präsentiert werden.
  - 3.) aufgrund der Erweiterung der Waffenverbotszone durch das Land Hessen auf den ÖPNV die Ausweitung von Videoschutzanlagen an stark frequentierten Bushaltestellen (z.B. Luisenplatz, Kirchgasse) geprüft werden.
  - 4.) die Stadtpolizei endlich mit Pfefferspraypistolen ausgerüstet werden.
  - 5.) eine Richtlinie erarbeitet werden, dass bei allen Großveranstaltungen in Wiesbaden die bereits beim Theatrium bewährten Safe-Spaces und Awareness-Teams eingesetzt werden. Die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel werden für den Haushalt 2026 als Mehrbedarfe angemeldet. Sollten diese nicht zugesetzt werden, sind diese aus den Mitteln des Dezernats zu decken.

Daniela Georgi  
Fraktionsvorsitzende  
CDU-Fraktion

Daniel Butschan  
Fraktionsgeschäftsführer  
CDU-Fraktion



## II/10

An den Stadtverordnetenvorsteher

Herrn

Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16, im Hause

**Wiesbaden, 1. April 2025**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt zum TOP II.10 25-V-41-0003 Hess. Staatstheater Auswirkung Tarifabschlüsse der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Wiesbaden wird durch strukturelle Unterfinanzierung weiter verschärft. Während die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, bleiben die finanziellen Mittel von Bund und Land unzureichend. Dies führt dazu, dass freiwillige Leistungen, insbesondere im Kulturbereich, zunehmend unter Druck geraten.

Die Stadt Wiesbaden ist durch bestehende Verträge verpflichtet, einen festen prozentualen Anteil an den Kosten des Staatstheaters zu übernehmen. Die jüngsten Tarifabschlüsse, welche die antragstellenden Fraktionen unterstützen und die dringend notwendig für die Beschäftigten sind, erhöhen jedoch auch die finanziellen Herausforderungen.

Die Tarifsteigerungen sind jedoch nur ein kleiner Anteil der Aufwendungen für das Haus insgesamt. Gerade die Kosten für Instandhaltungen und Sanierungen werden in den nächsten Jahren zu erheblichen Kosten führen. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, gemeinsam tragfähige Lösungen für eine gerechtere Finanzierungsstruktur zu entwickeln, um die Handlungsfähigkeit des Staatstheaters und der Stadt langfristig zu sichern. Parallel dazu sollten weitere Potenziale zur Ergebnisverbesserung und Kostenoptimierung ausgelotet und der konstruktive Dialog mit dem Land über eine ausgewogene Lastenverteilung fortgeführt und vertieft werden. Sollte eine solche Verständigung nicht gelingen, ist auch eine Neubewertung der bestehenden Finanzierungsvereinbarungen zu erwägen.

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Der Magistrat wird gebeten*

1. zu berichten,
  - a. Welche bisherigen Maßnahmen des Staatstheaters zur Kostenoptimierung, Ergebnisverbesserung und Effizienzsteigerung durchgeführt wurden und

*darzulegen, welche weiteren Maßnahmen bereits in der Umsetzung oder in Planung sind.*

- b. Welche Ergebnisse die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch PWC (unter finanzieller Beteiligung der Stadt Wiesbaden) gebracht hat und wann diese den Gremien vorgelegt wird.*
  - c. Wie der Anteil des Eigenfinanzierungsgrades des Staatstheaters kurz und mittelfristig gesteigert werden kann, um den weiter steigenden Zuschussbedarf seitens der Träger zumindest teilweise aufzufangen.*
- 2. mit dem Land Hessen in Gespräche zu treten. Ziel dieser Gespräche soll es sein, eine konkrete Einigung zu erreichen, die weitere Ergebnisverbesserungen des Hessischen Staatstheaters gewährleistet, indem nachhaltige Maßnahmen zur Kostenoptimierung und zur Effizienzsteigerung entwickelt und umgesetzt werden. Dies soll unter Berücksichtigung der vertraglichen Verpflichtungen sowie der Bewahrung der künstlerischen Qualität geschehen. Zudem soll eine stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten des Staatstheaters erreicht werden.*

**Gesine Bonnet/Johannes Luderschmidt**

Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

**Felix Kisseler**

Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

**Silas Gottwald**

Fraktionsvorsitzender, SPD

**Silas Gottwald**

Fraktionsgeschäftsführer, SPD

**Hartmut Bohrer**

Fachsprecher, Fraktion DIE LINKE.

**Pascal Wolf**

Fraktionsreferent, Fraktion DIE LINKE.

**Achim Sprengard**

Fachsprecher, Volt

**Sascha Kolhey**

Fraktionsgeschäftsführer, Volt

CDU-Rathausfraktion | Schlossplatz 6 | 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

An den Vorsitzenden der  
Stadtverordnetenversammlung  
Herr Dr. Gerhard Obermayr

Telefon: 0611-31 21 59  
Telefax: 0611-31 59 10

Wiesbaden, 2. April 2025

## Umdruck zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025

### A. Umsetzungswünsche

- IV/6 25-V-03-0001 Erich-Kästner-Schule – Entscheidungsvorlage zum Umbau des Rheingaupalais und Neubau einer Sporthalle

### B. Protokollerklärungen / Abstimmungsverhalten

#### I. Protokollerklärungen

- II/1 24-V-40-0020 Evaluierung des Schulbudgets  
„Die CDU-Fraktion stimmt der Sitzungsvorlage im Grundsatz zu. Die Sozialindexierung aus Beschlusspunkt 7 lehnen wir aus grundsätzlichen Erwägungen auf kommunaler Ebene jedoch ab.“
- II/7 25-V-36-0004 Klimabudget 2021 – 2024  
„Die CDU-Fraktion enthält sich der Sitzungsvorlage. Die Überleitung nicht verausgabter Mittel sowie die Übertragung laufender Projektmittel an die Ämter halten wir für sinnvoll. Wir sehen Mittel zum Erreichen von Klimazielen bei Bauvorhaben als regulären Teil der Baumaßnahme. Diese sollten grundsätzlich dort veranschlagt werden. Werden diese erst herausgerechnet, um sie über das Klimabudget wieder zuzusetzen, schafft dies keinen zusätzlichen Nutzen und spricht für eine reine Schaufensterfunktion des Klimabudgets“.
- II/8 25-V-40-0003 Erweiterung Grundschule Bierstadt - Mehrkosten  
„Die CDU-Fraktion befürwortet grundsätzlich den Ausbau. Es ist jedoch nicht hinreichend dargelegt, ob, und mit welchen Mitteln, die Mehrkosten und die damit verbundene Bauzeitverzögerung hätten vermieden werden können. Klimagerechtes und nachhaltiges Bauen ist erstrebenswert. Die begrenzten fiskalischen Möglichkeiten sollten hierbei jedoch nicht außer Acht gelassen werden.“

## **II. Abstimmungsverhalten**

### **Tagesordnung II**

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- II/1 24-V-40-0020 Evaluierung des Schulbudgets (Ablehnung nur zu BP 2.7)

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/7 25-V-36-0004 Klimabudget 2021 – 2024
- II/8 25-V-40-0003 Erweiterung Grundschule Bierstadt - Mehrkosten

## **Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025**

### **1. Protokollerklärungen**

- III/5: Änderung des Flächennutzungsplans für den Planbereich "Bundeskriminalamt" in den Ortsbezirken Erbenheim und Südost (25-V-61-0002)  
  
Die Zustimmung zur Flächennutzungsplanänderung „Bundeskriminalamt“ seitens der Grünen Fraktion bedeutet ausdrücklich noch keine Zustimmung zur Realisierung des Stadtteils am Fort Biehler im Planungsbereich der SEM Ostfeld. Hierzu kann erst eine Entscheidung erfolgen, wenn das noch ausstehende Gutachten zur Schienenanbindung des Stadtteils (Machbarkeitsstudie) vorliegt und belastbare/abschließende Ergebnisse liefert.  
Darüber hinaus haben wir Bedenken hinsichtlich der veröffentlichten Fluglärmrechnung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Ostfeld.
  
- III/6: Bebauungsplan "Bundeskriminalamt" in den Ortsbezirken Erbenheim und Südost - Aufstellungsbeschluss (25-V-61-0003)  
  
Die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss des B-Plans „Bundeskriminalamt“ seitens der Grünen Fraktion bedeutet ausdrücklich noch keine Zustimmung zur Realisierung des Stadtteils am Fort Biehler im Planungsbereich der SEM Ostfeld. Hierzu kann erst eine Entscheidung erfolgen, wenn das noch ausstehende Gutachten zur Schienenanbindung des Stadtteils (Machbarkeitsstudie) vorliegt und belastbare/abschließende Ergebnisse liefert.  
Darüber hinaus haben wir Bedenken hinsichtlich der veröffentlichten Fluglärmrechnung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Ostfeld.

Gesine Bonnet / Dr. Johannes Luderschmidt  
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Julia Beltz  
Fraktionsreferentin B90/Grüne



## Kessel, Elke

---

**Von:** Wolf, Pascal  
**Gesendet:** Dienstag, 1. April 2025 12:49  
**An:** 16 Stadtverordnetenversammlung; Danneberg, Dorothea; Heimlich, Dr. Jörn; Morbe, Ralf  
**Cc:** Die Linke Stadtfraktion  
**Betreff:** Protokoll Stadtverordnetenversammlung TOP 5 & 6 TO III

Sehr geehrte Frau Danneberg,  
sehr geehrter Herr Dr. Heimlich,  
sehr geehrter Herr Morbe,

unten stehend die Protokollnotiz der Linken Stadtfraktion zu den TOP 5 und TOP 6 TO III der morgigen Stadtverordnetenversammlung.

Die Fraktion Linke lehnt die Sitzungsvorlagen BKA/Ostfeld zum weiteren Vorgehen im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld ab.

Unsere Ablehnung basiert auf gravierenden Bedenken in mehreren zentralen umweltpolitischen Bereichen:

### 1. Klimaschutz:

Die vorliegenden Planungen ignorieren inakzeptabler Weise die **klimaökologische Bedeutung des Ostfeldgebietes**. Mehrere Quellen (bekannt) belegen, dass es sich um **klimaaktive Flächen handelt, die maßgeblich zur nächtlichen Kaltluftproduktion beitragen und für die Belüftung der umliegenden Stadtgebiete unerlässlich sind**. Die geplante Bebauung würde zu einem **Verlust dieser wichtigen Flächen, einer Erhöhung der thermischen Belastung und einer Verschlechterung des Kaltluftabflusses führen**, was angesichts des fortschreitenden Klimawandels nach Auffassung der Linken **nicht zu verantworten ist**.

Obwohl mehrere Klimagutachten existieren, ist **unklar, inwieweit die Siegerentwürfe tatsächlich auf Grundlage des klimaökologischen Leitbildes bewertet wurden**.

Die pauschale Aussage in SV 25-V-61-0001, die klimatischen Anforderungen seien sehr gut erfüllt, **entbehrt ohne Vorlage entsprechender Expert\*innen-Stellungnahmen jeder Grundlage**.

Zudem **fehlt eine detaillierte Klimamodellierung für den BKA-Standort**, die auch die Auswirkungen auf die angrenzenden Stadtteile berücksichtigt. Es ist **inakzeptabel, weitreichende Planungen voranzutreiben, ohne die konkreten klimaökologischen Folgen fundiert bewertet zu haben**.

### 2. Bodenschutz:

Die Planungen gehen mit einem **erheblichen Flächenverbrauch und einer fortschreitenden Bodenversiegelung einher**, deren genauer Umfang für das Stadtquartier noch nicht einmal beziffert ist.

Es ist **völlig unklar, welche Bodengüte betroffen ist und wie der notwendige flächengleiche Ausgleich konkret erfolgen soll**. Der Schutz des Bodens als **nicht erneuerbare Ressource** muss jedoch höchste Priorität haben.

### 3. Nicht nachgewiesene Notwendigkeit und Priorisierung des BKA:

Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine **unzulässige Priorisierung des BKA-Neubaus auf Kosten einer ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung des Ostfelds** erfolgt.

Die **Notwendigkeit, Teilprojekte im Rahmen des SEM Ostfeld Satzungsbeschlusses vorzuziehen, ist nicht hinreichend dargelegt.**

Solange keine umfassende Bewertung des Gesamtprojektes unter Berücksichtigung aller Nachhaltigkeitskriterien durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgt ist, **lehnen wir die Bearbeitung von Einzelvorhaben ab**<sup>14</sup>.... Zudem ist die **Reduzierung des B-Plan Gebiets auf das zwingend notwendige Maß gemäß BauGB nicht erkennbar.**

#### **4. Fluglärm:**

Die Fluglärmproblematik ist unzureichend/nicht geklärt.

In der öffentlichen Sondersitzung des **Ortsbeirates Erbenheim** am 25. Februar 2025 rund um den geplanten BKA-Standort wurde auch die Behauptung geäußert, dass dem **Stadtplanungsamt keine Unterlagen über Flugrouten** vorliegen, die den geplanten BKA Campus betreffen (siehe auch Wiesbadener Kurier vom 27. Februar 2025)

In Abstimmung mit dem Fluglärmexperten Michael Dirting, Flugkapitän a.D. hat der Unterzeichner dem Stadtplanungsamt Unterlagen übermittelt, die **Überschneidungen** zwischen den regulären Überflugrouten und dem geplanten BKA-Gelände **nachweisen.**

Die Unterlagen belegen eindeutig, dass es zu Überschneidungen im Überflug über dem geplanten BKA-Standort kommt.

Die erbetene **Stellungnahme liegt bislang nicht vor.**

Zudem wird das vom HMVWV vorgelegte Fluglärmgutachten in Gänze infrage gestellt.

**Darüber hinaus erachten wir folgende Punkte als kritisch:**

Die **unzureichende Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien** in der Bewertung der Siegerentwürfe durch das Preisgericht.

Die **offene Frage der Schienenanbindung des Stadtquartiers** und die **ungeklärte Verkehrsanbindung über die B 455** sowie die damit verbundenen **steigenden Verkehrsbelastungen für Erbenheim.**

Die **unklaren finanziellen Folgen für die Stadt** und die Notwendigkeit einer **differenzierten Kosten- und Finanzierungsübersicht für den BKA-Standort.**

Die **fehlende Klärung der Kosten für notwendige Ausgleichsmaßnahmen und deren langfristige Finanzierung.**

Angesichts dieser schwerwiegenden Bedenken in den Bereichen Klimaschutz, Bodenschutz, fehlende Notwendigkeitsnachweise, Fluglärm und Biodiversität sieht die Fraktion Die Linke keine **Grundlage für eine Zustimmung zu den vorliegenden Sitzungsvorlagen.** Wir fordern stattdessen eine **umfassende Bewertung des Gesamtprojektes Ostfeld unter Einbeziehung aller erforderlichen Gutachten und unter strenger Einhaltung der Kriterien der Nachhaltigkeit,** bevor über einzelne Teilschritte entschieden wird.

Freundliche Grüße

i.A. Pascal Wolf



**Pascal Wolf**

Fraktionsreferent

**Telefon:** 0611 31 2884

**Mobil :** 0170 3238420

**Email der Fraktion:**

[dielinke-stadtfraktion@wiesbaden.de](mailto:dielinke-stadtfraktion@wiesbaden.de)

Schlossplatz 6,  
65183 Wiesbaden

[www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de](http://www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de)

[Anmeldung Newsletter der Fraktion](#)





Wiesbaden, 01.04.2025

## Protokollnotiz der AfD-Fraktion zur STVV am 02.04.2025

### ÄNDERUNGEN ZUR TAGESORDNUNG I

#### 1. Vorschläge zur Umsetzung

keine

#### 2. Vorschläge zur Absetzung

Keine

### PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER AfD-FRAKTION

#### 3. Protokollerklärungen der AfD-Fraktion zu folgenden Tagesordnungspunkten

#### 4. Abstimmungsverhalten

##### 4.1 Tagesordnung II

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/4. Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates VII für das 1. Halbjahr...25-V-07-0001
- II/7. Klimabudget 2021 – 2024 25-V-36-0004

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/10. Hessisches Staatstheater Wiesbaden, Auswirkungen der... 25-V-41-0003
- II/13. Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung 2025 25-V-52-0001
- II/14. Konzeptverfahren Neues Wohnen in Breckenheim 25-V-61-0008

##### 5.2 Tagesordnung III

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- III/1. Städtepartnerschaft mit Fatih/Istanbul: Wiesbaden positioniert... 25-F-63-0022

### 5.3 Tagesordnung IV

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/2. Bürgschaft Nr. 671 - Übernahme einer modifizierten Ausfall... 24-V-20-0055
- IV/4. Bürgschaft Nr. 672 - Übernahme einer modifizierten Ausfall... 24-V-20-0057
- IV/9. Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds 25-V-20-0004

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/8. Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds 25-V-20-0003

### 5. Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

Werden von Amt 16 gesammelt

Mit freundlichen Grüßen

*Stefan Beckmann*

*Büroleiter*

*AfD-Rathausfraktion Wiesbaden*



Schloßplatz 6  
**65183 Wiesbaden**  
fraktion@fwg-proauto.de  
fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de

Fraktion FWG / Pro Auto, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Dr. Gerhard Obermayr

**über Amt 16**

Wiesbaden, den 01.04.2025

**Fraktion FWG / Pro Auto**  
**Abstimmungsverhalten zur Stadtverordnetenversammlung am 02.04.2025**

Sehr geehrter Herr Dr. Obermayr,

wir bitten Sie unser folgendes Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen:

**Tagesordnung II**

TOP 4: **25-V-07-0001** – Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernats VII für das 1. Halbjahr 2025 - Die Fraktion stimmt mit **Ablehnung**  
Protokollnotiz: Es gibt noch keinen genehmigten Haushalt durch die Kommunalaufsicht

TOP 7: **25-V-36-0004** – Klimabudget 2021 - 2024  
Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 14: **25-V-66-0301** – Konzeptverfahren Neues Wohnen in Breckenheim  
Die Fraktion stimmt mit **Ablehnung**

**Tagesordnung IV:**

TOP 3: **24-V-20-0056** – Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2024

Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

Mit freundlichen Grüßen

**Christian Bachmann**  
Fraktionsvorsitzender

**Andreas Ott**  
Fraktionsgeschäftsführer

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Gerhard Obermayr  
- Im Hause -

Wiesbaden, den 31.03.2025

Sehr geehrter Herr Obermayr,  
wir möchten Ihnen folgende Mitteilung der Fraktion BLW/ULW/Wardak zur Kenntnis geben:

### **1. Protokollerklärungen**

/

### **2. Abstimmungsverhalten**

#### **2.1 Tagesordnung II**

/

#### **2.2 Tagesordnung IV**

/ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

IV 6 **25-V-03-0001** Erich-Kästner-Schule Entscheidungsvorlage zum Umbau des Rheingaupalais und Neubau einer Sporthalle

IV 7 **25-V-20-0002** Prolongation eines städtischen Kassenkredits für die WiBau GmbH

Renate Kienast-Dittrich  
Fraktionsvorsitzende

i.A. Michael Ungermann  
Fraktionsreferent